- Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
- SPD
- CDU / CSU
- FDP
- DIE LINKE

Frage 1

Was werden Sie konkret tun, um die rechtsterroristischen und antisemitischen Taten der vergangenen Jahre (NSU, NSU 2.0, Halle, Hanau) lückenlos aufzuklären, in Zukunft zu verhindern und wie garantieren Sie die vollständige und nachhaltige Umsetzung der Empfehlungen der NSU-Untersuchungsunterschüsse?

Frage 2

Wie und mit welchen Maßnahmen wollen Sie Mutter- bzw. Herkunftssprachen jenseits der deutschen Sprache von Kindertageseinrichtungen bis hin zu Schulen stärken?

Frage 3

Finden Sie, neben der durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat beauftragten Studie zum Polizeialltag sollte auch möglicher struktureller Rassismus in den Polizeibehörden und der -ausbildung untersucht werden?

Frage 4

Finden Sie, entsprechend der Empfehlung des Sachverständigenrats für Integration und Migration, dass Einbürgerungen grundsätzlich erleichtert und entsprechende bürokratische Hürden abgebaut werden sollten? Wie konkret wollen Sie welche Hürden abbauen?

Frage 5

Setzen Sie sich dafür ein, dass migrantische Perspektiven und Perspektiven von Menschen mit Rassismuserfahrung in Ihrer Partei ausreichend repräsentiert sind? Wie konkret setzen Sie sich dafür ein?

CDU und CSU haben auf Bundes- und Landesebene integrationspolitische Gremien und Netzwerke eingerichtet, damit migrantische Perspektiven in unserer politischen Arbeit einfließen. CDU und CSU ist es ein wichtiges Anliegen, dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte die gleichen Chancen politischer und sozialer Teilhabe haben.

Frage 6

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Visa aus der Türkei für bestimmte Anlässe wie touristische Zwecke, Familienbesuche und Ausbildung/Studium erleichtert werden?

Frage 7

In sozioökonomisch starken Wohngegenden gibt es eine hohe Dichte, in sozioökonomisch schwachen Gegenden einen Mangel an Hausarztpraxen. Was planen Sie, gegen diese nach sozioökonomischen Kriterien ungleiche Verteilung von Hausarztpraxen zu tun?

Frage 8

Finden Sie, entsprechend qualifizierte Migrant*innenselbstorganisationen, die bereits erfolgreiche wohlfahrtspflegerische Dienstleistungen anbieten, sollten den Organisationen der etablierten Wohlfahrtsverbände gleichgestellt werden?